

Vera Narbay

Phantasievolle dezentrale Aktionen, landesweit koordinierte Demonstrationen, Streiks an Fachhochschulen und Universitäten in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg tragen in den letzten Monaten den Widerstand der Studentinnen und Studenten gegen Stellenstreichungen, Studiengebühren, Forschungsförderung der für das Kapital verwertbaren Bereiche über den Campus hinaus.

Der Protest der Studierenden erstreckt sich dabei nicht allein auf die Hochschul- und Bildungspolitik der jeweiligen Landesregierung, wir müssen in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen um die Hochschulen unsere Vorstellungen zur Entwicklung von Lehr- und Lernformen auf der Grundlage der Kooperation, des forschenden Lernens und der Entwicklung von Kritikfähigkeit und kritischer Praxis bestimmen und einfordern.

Rolle der Hochschulen für den BRD-Imperialismus

Die Hochschul- und Bildungspolitik der etablierten Parteien reduziert sich zunehmend auf die Funktionalisierung der Hochschulausbildung und Hochschulforschung für die Stabilisierung der Weltmarktanteile des westdeutschen Kapitals.

Die Stichworte dieser Politik sind mit Wettbewerbsstrategien zur Elitebildung, fortschreitender Rücknahme der Ansätze von Demokratisierung und der stärkeren Anbindung von Forschung und Lehre an die Industrie -z.B. durch die Gründung und Förderung von Technologietransferzentren etc. - zu benennen.

Gleichzeitig werden die Hochschulen in Teilbereichen zu Aufbewahrungstalten für potentiell Arbeitslose gemacht.

Bei der Durchsetzung dieser Politik streiten sich sozialdemokratisch und christdemokratisch regierte Länder derzeit lediglich um den besseren Weg zur Durchsetzung dieser Ziele. In ihrer Ausrichtung, das notwendige technische Wissen, Anwendungsmethoden und Möglichkeiten zur Absicherung bestehender Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in den Hochschulen effektiver zu organisieren, gibt die Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und auch Hessen ein deutliches Zeichen für die letztendliche Identität der bildungspolitischen Konzeption der etablierten Parteien.

Neokonservative Hochschulpolitik und sozialdemokratische Regierungsalternative ?

Es wäre eine Illusion zu glauben, es hätte in Hessen vor dem Regierungswechsel grundsätzlich anders ausgesehen.

Die Studiengebühren, jetzt durch das niedersächsische Kabinett ab dem folgenden Wintersemester geplant, forderten den hessischen "Langzeitstudent/inn/en" bereits seit 1978 500,- pro Jahr ab. Was einst als "sozialverträglichere Modifikation" die im Hochschulrahmengesetz des Bundes vorgesehene Zwangsexmatrikulation auf Landesebene ersetzen sollte, füllte die Kassen des Wissenschaftsministeriums nebenbei so angenehm daß man nach der Streichung der Zwangsexmatrikulation nicht auf die mittlerweile auf 6 Millionen DM jährlich angewachsene Einnahmequelle verzichten wollte.

Die Ausrichtung anderer Bundesländer auf privatwirtschaftlich ausgerichtete, trotzdem an die Hochschule angebundene "Technologietransferzentren" und "Gründerparks" (mit denen im Umfeld von Hochschulen, bzw. Großforschungsanlagen eine engere Verbindung der meist in der Inkubatorphase befindlichen kleineren Technologiefirmen mit den Innovationsinteressen ihrer Geldgeber geschaffen werden soll das dann über personelle Verflechtungen auf die Hochschulen zurückwirken soll) fand seine Entsprechung in der Gründung des "Sonderforschungsförderungsfonds" des hessischen Wissenschaftsministeriums 1985, dessen Volumen von anfänglich 1,5 Mio. DM 1987 bei 7 Mio. DM angelangt war.

Daß die FDP unter Wissenschaftsminister Wolfgang Gerhardt nun eine Aufstockung auf 11 Mio. DM vornimmt, dabei aber selbstverständlich die im Wahlkampf versprochene Rücknahme der Studiengebühren durchsetzt, mag nur die verwundern, die die Spar- und Umverteilungspolitik in Bund und Ländern bislang nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das hessische Hochschulgesetz von 1978 (damit unter der CDU/FDP-Regierung bis November an das Hochschulrahmengesetz des Bundes von 1985 angepaßt werden wird) gab in seine freizügigen Regelung der Drittmittelforschung eine solch praktische Grundlage für die Interessen des "Marktes", daß es fast wortwörtlich in das 85er HRG (unter CDU-Ministerin Wilms übernommen wurde.

Hessisches Hochschulgesetz

Die "Novellierung", d.h. die Anpassung der Gesetzeslage an die Durchsetzung "marktwirtschaftlicher" Entscheidungskriterien, folgt den beschriebenen Grundzügen neokonservativ-technokratischer Bildungspolitik:

Staatliche Steuerungsinstanzen (z.B. Studienreformkommissionen) und inneruniversitäre Kontrollmechanismen wie die Genehmigungspflicht für Drittmittelforschung (i.e. Forschung, die nicht aus den Haushalten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und den Landeswissenschaftsministerien bezahlt wird) werden ebenso beseitigt wie die minimalen Mitbestimmungsmöglichkeiten für nicht-professorale Gruppen in den Hochschulen.

Innerhalb des staatlicherseits gesetzten Rahmen innerhalb des staatlicherseits gesetzten Rahmens von Technologieorientierung, verstärkter materieller Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmittelforschung und weitestgehender "Kooperation" von Hochschule und Wirtschaft wird den Hochschulen nichts anderes übrig bleiben als die scheinbar "autonom" vollzogene Anpassung an die jeweiligen Erfordernisse des Marktes, sprich der Kapitalverwertung.

Der Kapitallogik zuwiderlaufende Beschlüsse, bzw. eine minimale Öffentlichkeit sollen so von vorneherein ausgeschlossen werden. Durch flankierende Maßnahmen, wie der abschließlichen Einstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit Zeitverträgen und damit einhergehender größerer Anhängigkeit von den Professoren - und der Möglichkeit für die Professoren, die Mitarbeiter/innen an Forschungsprojekten frei auszuwählen und privat anstellen zu können, werden diese quasi zu Kleinunternehmern.

Das hessische Landeshochschulgesetz stellt ein Instrument dieser "Modernisierung" dar. Für die Studierenden heißt dies konkret, daß das Studium nach Innen differenziert wird - durch verschärfte Selektionsverfahren (Auswahlgespräche in Medizin, Numerus Clausus, obligatorische Zwischenprüfungen mit nur einmaliger -oder gar keiner- Wiederholbarkeit, etc.) - durch die mit der HRG-Novelle mögliche Einführung exklusiver Studiengänge (§ 10,5) und Lehrveranstaltungen (§ 11) und Aufbaustudiengänge für "besonders Begabte" - durch die Privatisierung der Ausbildungskosten - durch materielle Sanktionen - und zeitliche und inhaltliche Reglementierungen.

Konkurrenzwang und Zeitdruck bewirken Einpausen und oberflächliche Zuordnung von lexikalischem Wissen, dessen gesellschaftliche Funktion

entweder in der Zurichtung für billige und unselbständige Arbeit von "Sachbearbeiter/innen" liegt - oder aber (vor allem für die, die an den formalisierten Leistungskontrollen scheitern) als Vorbereitung für den "grauen" Arbeitsmarkt deregulierter und dequalifizierter Arbeitsverhältnisse, bzw. für die drohende Arbeitslosigkeit liegt.

Gesetzestechnisch wird durch das Hochschulrahmengesetz und die Landeshochschulgesetze dabei bereits bestehende Praxis, d.h. Ausdifferenzierung der Qualifikationsstruktur der Hochschulen nach den veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes, "legalisiert", ebenso wie die künftige Entwicklung der Hochschulen hier bereits formal fixiert und ausgerichtet wird.

Das hessische Hochschulgesetz ist als ein Mittel zum Zweck zu sehen - unser Protest richtet sich sowohl gegen die kommende Novellierung als auch gegen das bestehende HRG und HGG, er wendet sich gegen die Forschungspraxis und die inhaltliche Ausrichtung der in der Hochschule vermittelten Lehre.

Staatliche Repression

Die ohnehin schon zur Farce verkommene "Mitbestimmung" der Studierenden innerhalb der Hochschulen (Gremienbeteiligung) werden zunehmend reduziert: Studentische Anwesenheit als Legitimationsmäntelchen des sog. Gruppenprinzips? Neben dem Wiederaufleben der Überlegung, daß neben der "Gruppenuniversität" auch das (professorale) Fachprinzip verstärkt zur Geltung kommen müsse (und wo in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen die Professoren noch nicht die absolute Mehrheit besaßen, wird diese nun zementiert), häufen sich repräsentative Angriffe auf die selbstverwaltete Student/Innenschaft.

Der Rektor oder Präsident ist die Ordnungsbehörde gegenüber den Studierenden, denen nicht zugebilligt werden kann, daß sie sich selbst beurteilt und in kritischen Auseinandersetzungen politisch streitet.

Das Verbot für die bundesdeutschen und westberliner ASTen, Fachschaften und Student/inn/enparlamente zu mehr als nur "hochschulbezogenen" Fragen Stellung zu nehmen, dient zu nichts anderem als der Verschleierung der Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft.

Wir müssen demgegenüber unsere größtmögliche Autonomie und politische Solidarität bewahren. Die Abschaffung der Verfaßten Student/innenschaft in Bayern und Baden-Württemberg,

staatliche Gängelerei und repressive Unterdrückung studentischer Gegenöffentlichkeit muß von uns thematisiert und bekämpft werden.

Grundzüge einer linken Hochschulpolitik

- Wir wenden uns entschieden gegen die Ausrichtung der Hochschulen als Zulieferer für Staat und Kapital, gegen die einseitige Förderung einer Technologiepolitik, die Industrieunternehmen versteckt subventionieren, Arbeitsplätze wegrationalisieren und deren Folgen und Risiken für die Bevölkerung nicht abzuschätzen sind.

- Die Finalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften hin zur Akzeptanzförderung kapitalistischer Aneignung und Organisation der wissenschaftlichen Arbeit und Ausbildung muß durch studentischen Widerstand konfrontiert werden.

- Wissenschafts- und Technologiepolitik müssen nach emanzipatorischen Kriterien gestaltet werden. Rüstungs- und Kriegsforschung, Atomenergieforschung sowie Forschung in Bereichen der Gen- und Reproduktionsforschung sind sofort einzustellen. Wir fordern die Rücknahme der völligen Liberalisierung industrieller Auftragsforschung an den Hochschulen. Notwendig ist die gleichberechtigte Förderung aller Wissenschaften, interdisziplinäres Lehren und Lernen, die Nutzbarmachung des Wissens für alle, ansatzweise durch den Ausbau der Frauenforschung, von Wissenschaftsläden und Kooperationsstellen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften.

- Frauenforschung und Frauenstudium sind als eigenständige, interdisziplinäre Studien sowie als Begleitforschung zu verankern.

Um eine Umstrukturierung im geschlechtsparitätischen Sinn zu erreichen, ist es notwendig, bei Berufungs- und Einstellungsverfahren bei vergleichbarer Qualifikation Frauen zu bevorzugen.

- Wir lehnen repressive gesetzestechnische und in der Praxis geübte Verfahren ab, die die ideologische Hegemonie der Herrschenden sichern und verschleiern sollen.

- Eine ansatzweise Demokratisierung der Hochschulen verlangt statt nach Stellenkürzungen, Prüfungsverschärfungen, innerer und äußerer Differenzierung (bspw. durch "Hitlisten" der Hochschulen) nach Transparenz in Entscheidungsprozessen, nach einer Öffnung auch für Menschen, die die formalen Zugangskriterien nicht erfüllen, nach dem Abbau selektiver und elitärer Strukturen.

zu alt

- Um den hochschulpolitischen Leitbildern von Differenzierung, Hierarchisierung und Wettbewerb im Hochschulalltag Alternativen entgegenzustellen, sind an allen Hochschulen Programme zur Entwicklung von Lehr- und Lernformen auf der Grundlage der Kooperation, des forschenden Lernens und der Entwicklung von Kritikfähigkeit einzurichten.

Ziel ist ein selbstorganisiertes, erfahrungsintensives und praktisch orientiertes Projektstudium, das die Möglichkeit schafft, sich selbst die Forschungsgegenstände und -inhalte zu erarbeiten.

Selbstbestimmtes Lernen soll gefördert und der herrschenden Arbeitsteilung (Trennung von Kopf- und Handarbeit) entgegengesteuert werden. Eine neue Forschung und Ausbildung, neue Inhalte bedürfen neuer Formen und Institutionen. Darum unterstützen wir alternative Forschungsinstitute und -gruppen, vielfältige Projekte kritischer Hochschulkonzepte, unabhängige und institutionelle Formen selbstorganisierter studentischer Seminare und Ausbildungsprojekte. Darüberhinaus müssen Erstsemesterprogramme und Orientierungseinheiten sowie Tutorien und studienbegleitende Maßnahmen zur Verbesserung des Studiums an den Hochschulen sichergestellt werden.

Wir fordern nicht nur Finanzierung, sondern auch Anerkennung und Integration in den normalen Studienbetrieb, z.B. in Form von reformierten und neuen Studiengängen, die diesen Kriterien gerecht werden.

- Solange Gesetze den Legitimationsrahmen dieser Republik vorgeben, fordern wir die rechtliche Verankerung der Verfaßten Student/inn/enschaft mit politischem und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit in allen Bundesländern. Keine Kriminalisierung und Aufspaltung der Student/inn/en.

- Wir lassen uns unsere Zukunft nicht abkaufen. Weder für das Versprechen einer Karriere als agiler Jungunternehmer oder gehätschelte Absolventin eine Elitestudiums. Nicht für eine Laufbahn als gutdotierte Handlangerin von Umweltzerstörern, Kriegstreibern und Arbeitsplatzvernichtern - und auch nicht für die Hoffnung auf ein bißchen mehr Sozialcaritas und Anstands-Bla-Bla.

- Wir fordern ein kostendeckendes, elternunabhängiges BAFöG ohne Darlehensregelung in Höhe von mindestens 1044 DM (GEW-Berechnungen), finanzierbar z.B. durch Anhebung der Spitzensteuersätze, als Schritt hin zu einer garantierten Mindestsicherung für alle.

- Wir fordern Drittelparität in allen Hochschulgremien.

- Ausländische Studentinnen und Studenten müssen rechtlich und politisch gleichgestellt werden. Ihr Aufenthaltsstatus darf nicht durch Sondergesetze für einen Teil der Gesellschaft

beschränkt oder mit Auflagen versehen werden.

- Wir begreifen uns nicht isoliert als studentische Opposition, deren Kampf sich nur gegen direkte Verschlechterungen der eigenen Lebenssituation richtet. Unsere politische Solidarität ist nicht selektiv; sie gilt allen, die aus der Kritik an dem gegebenen Zustand eine Perspektive entwickeln, die die Totalität der gesellschaftlichen Repression widerspiegelt und angreift.

- Deshalb erklären wir uns solidarisch mit den Forderungen der ArbeiterInnen nach humaneren Arbeitsbedingungen, kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen; mit den Forderungen der Erwerbslosen nach besseren Leistungen und den Forderungen der SozialhilfempfängerInnen nach Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung und Erhöhung der Sozialhilfezahlungen.

Diese Forderungen sind nur unmittelbar ökonomischer Natur, klagen jedoch insgesamt eine soziale Umverteilung ein, welche mit den Profitvorstellungen des Kapitals unvereinbar ist.

zielende Flexibilisierungsstrategie der Herrschenden.

Wir wenden uns gegen die auf Aufspaltung und Desorganisation der abhängig Beschäftigten